

AUSNAHMEZUSTAND IN GORLEBEN

Zusammenstöße beim Castor-Transport

23. November 2011 18:48



Mit Tränengas hielt die Polizei die Demonstranten in Frankreich von den Gleisen weg.



Proteste bei der Abfahrt des Atommüll-Transports in Valognes in Frankreich. Der Castor-Transport wird am Wochenende in Gorleben erwartet.



Die Route des Castor-Transports

Die Polizei versprühte aus einem Hubschrauber Tränengas über einem Protestlager in Frankreich

Lüneburg/Valognes - Wenige Stunden vor dem Start des letzten für Gorleben bestimmten Castor-Transports mit hoch radioaktivem Müll ist es in Valognes (Frankreich) zu ersten Zusammenstößen von Demonstranten und der Polizei gekommen. Der Castor-Transport rollt seit Mittwochnachmittag in Richtung Gorleben. Trotz heftiger Proteste von Atomkraftgegnern setzte sich der Zug gegen 16.00 Uhr an der Areva-Verladestation bei Valognes in Bewegung.

Ein Großaufgebot an Sicherheitskräften drängte die Demonstranten schließlich unter massivem Einsatz von Tränengas zurück. Mindestens zwölf Demonstranten wurden nach Medienberichten festgenommen. Die Behörden hatten auf beiden Seiten der Bahngleise eine Art Sperrzone eingerichtet. Nach rund 1200 Kilometern Wegstrecke wird der 13. Castor-Transport am Wochenende im Wendland erwartet.

Französische Polizisten hielten nach Angaben des TV-Nachrichtensenders BFM Atomkraftgegner am Mittwochmorgen mit Tränengas von den Bahngleisen fern. Auch über einem Protestlager der Atomkraftgegner nahe Valognes sei aus einem Hubschrauber Tränengas versprüht worden, berichtete ein Sprecherin des französischen Netzwerks für den Atomausstieg ("Sortir du Nucléaire"). "Wir konnten kaum noch etwas sehen", sagte sie.

Schienen besetzt

Ein Polizeifahrzeug steht nach Informationen des TV-Nachrichtensenders BFM in Flammen. Eine Sprecherin des Netzwerks Atomausstieg ("Sortir du nucléaire") betonte zudem, dass die Stromversorgung entlang der Schienen kurzfristig unterbrochen worden sei. "Die Polizei setzt massiv Tränengas ein", erklärte Sophie Morel. Mehrere hundert Aktivisten, die die Abfahrt des Zuges verhindern wollten, würden sich nun neu aufteilen und erneute Schienenbesetzungen versuchen.

Nur wenige Stunden zuvor hatten sie kurzfristig Gleise besetzt und offenbar auch beschädigt. Auf TV-Bildern waren Arbeiter beim Ausbessern des Gleiskörpers zu sehen. Die Bereitschaftspolizei ist mit einem massiven Aufgebot vor Ort und hat mindestens fünf Demonstranten festgenommen. Der Protest wird organisiert von einem

Zusammenschluss französischer Atomkraftgegner namens "Valognes Stop Castor". Der Zug bringt aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague deutschen Atommüll nach Gorleben, wo er am Wochenende erwartet wird. Die Route ist noch unklar.

Die Behörden hatten entlang einer 70 Kilometer langen Strecke, über die der Castor-Zug fahren soll, alle Demonstrationen verboten. Teilweise wurden die Gleise und Zufahrtsstraßen mit Eisenstangen abgeriegelt. Den Atomkraftgegnern wurde untersagt, näher als 500 Meter an die Gleise heranzugehen.

20.000 zum Schutz des Transports

In Deutschland sollen rund 20.000 Beamte den Transport schützen. Anti-Atomkraft-Initiativen planen entlang der Strecke zahlreiche Proteste. Sorgen bereitet den Behörden die Kampagne "Castor schottern". Wie im vergangenen Jahr hat die Gruppe dazu aufgerufen, massenhaft Steine aus dem Gleisbett der Strecke zu entfernen.

2010 war es den Atomkraftgegnern immer wieder gelungen, den Zug zu stoppen oder Nachschubwege für die Einsatzkräfte zu blockieren. Mit 33,5 Millionen Euro hatte der Castoreinsatz auch Rekordkosten verursacht.

Gorleben: "Politisch willkürlich ausgewählt"

Nach Ansicht der Grünen wurde Gorleben nie in einem wissenschaftlichen Auswahlverfahren zum möglichen Endlager bestimmt. Zu diesem Schluss kommt die Partei in einem Zwischenbericht zum Bundestags-Untersuchungsausschuss, aus dem die "Berliner Zeitung" (Mittwoch) zitiert. Damit verbiete sich jeder weitere Transport nach Gorleben, sagte die Grünen-Obfrau im Ausschuss, Sylvia Kotting-Uhl, dem Blatt.

"Gorleben wurde politisch willkürlich und unter großem Druck ausgewählt", betonte sie. Da jeder zusätzliche Castor nach Gorleben den Druck erhöhe, den Salzstock zum Endlager zu küren, müssten die AKW-Betreiber die Zwischenlagerung des Mülls an den AKW-Standorten beantragen, forderte die Grüne.

Vor knapp zwei Wochen hatte der deutsche Umweltminister Norbert Röttgen nach einem Treffen mit Vertretern aller Bundesländer die deutschlandweite Suche nach einem Atommüll-Endlager angekündigt. Es gehe darum, den sichersten Standort für ein Endlager zu finden. Gorleben wird aber weiter erkundet. (APA)

Link:

Interaktives Kartentool auf zdf.de

© derStandard.at GmbH 2011 -

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.